

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Mai 2024

**Wir entscheiden
selber!**

JA **Stopp
Impf-Pflicht**



† WERNER SCHERRER

Der Mitgründer der EDU ist Ende März 2024 heimgegangen. Eine Würdigung seines wirkungsvollen Schaffens.

Seiten 4 & 5

«STOPP IMPF-PFLICHT»

Die EDU engagiert sich für ein Ja zur Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit».

Seite 9

KANTON BERN

- Jahresbericht des Präsidenten
- Parolenspiegel
- Ja zum Stromgesetz

KANTONALTEIL

Laufende Unterschriftensammlungen

Die EDU Schweiz empfiehlt Ihnen, folgende Initiativen zu unterschreiben:

«Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können (Ich zahle bar!)»

Mit konkreten Massnahmen die schleichende Abschaffung des Bargelds verhindern – das bezweckt die Bargeldinitiative II. Ablauf der Sammelfrist: 21.09.2024

➔ Weitere Infos: www.ichzahlebar.ch

«Für den wirksamen Schutz der verfassungsmässigen Rechte (Souveränitätsinitiative)»

Souveränität der Schweiz und Grundrechte des Volkes stärken. Ablauf der Sammelfrist: 17.04.2025

➔ Weitere Infos: www.grundrechte-ja.ch

Volksinitiative «Zum Schutz von Mensch, Haus- und Nutztier vor dem Wolf»

Auf dem Gebiet des Schweizerischen Nationalparks soll der Wolf den Status einer geschützten Art erhalten.

Im übrigen Gebiet der Schweiz sollen Wölfe als ganzjährig jagdbare Art gelten. Ablauf der Sammelfrist: 2.11.2024

➔ Weitere Infos: www.wolfsinitiative.ch

Eidg. Volksabstimmungen vom 9. Juni 2024

Parolen der EDU Schweiz



Nein

zur Volksinitiative vom 23. Januar 2020 «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»

Ja

zur Volksinitiative vom 10. März 2020 «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»

Ja

zur Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»

Stimmfreigabe

zum Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)

Testament / Legate: Auch an die EDU denken!

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Fortbestehen und werte-orientierte Engagement der EDU.

Die EDU betrachtet Gottes Wort als Massstab für ihr Reden und Handeln: eine solide, bewährte Grundlage, auf die eine intakte Gesellschaft bauen kann. Dafür übernehmen wir Verantwortung und erheben unsere Stimme. Damit wir auch in Zukunft «Licht für die Welt» sein können, sind wir als Partei auch auf Spenden und Zuwendungen aller Art angewiesen. Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren, wie Sie uns bei Legaten und Testamenten berücksichtigen können?

EDU Schweiz, info@edu-schweiz.ch, Tel. 033 222 36 37

Wort des Monats

«WAHRE WISSENSCHAFT HAT MEHR FRAGEN ALS ANTWORTEN.
ECHTE WISSENSCHAFT HAT KEINE ANTWORTEN, DIE NICHT
HINTERFRAGT WERDEN DÜRFEN.»

Albert Einstein, theoretischer Physiker und Nobelpreisträger († 1955)

Die Wurzeln sind entscheidend!

Liebe Leserinnen und Leser



Hiob: 12,13: «Bei Gott ist Weisheit und Stärke, Sein ist Rat und Verstand!»

Gerade bin ich einmal mehr tief beeindruckt. Ich nenne das monatliche Treffen «Nachdenk-Austausch-Fürbittkreis». Dort haben wir letzthin über Gottes Eigenschaften anhand der Umschreibungen von Johann Friedrich König (Theologia positiva acroamatica, Rostock 1664) nachgedacht. Ich staune immer wieder über den wachen Geist, die Zufrieden- und Dankbarkeit meiner Glaubensschwester, der Organisatorin, die die Ideen und Quellen für uns findet. In dieser Runde bekommt vieles ein ganz anderes Gewicht. Himmlisches gewinnt an Bedeutung, Irdisches erscheint in einem anderen Licht, Lasten werden leichter.

Wer von uns ist schon verschont von Krisen, Leid und Schwerem? Früher oder später. Wenn wir die Entwicklungen in der Gesellschaft und Politik verfolgen, könnte einem ebenfalls angst und bange werden. Doch war dies je in einer Zeit viel anders? Kann es sein, dass viele Herausforderungen geradezu – auch – dazu da sind, dass wir in Jesus Christus tiefer wurzeln und lernen, unser Vertrauen ganz auf ihn zu setzen? Gilt es dabei selber geschliffen und umgestaltet, ihm ähnlicher zu werden, indem wir uns ihm unterstellen, uns ihm immer wieder neu hingeben und ja sagen zu unseren Herausforderungen? Kann gerade aus Problemen und Schwierigkeiten heraus Frucht entstehen? Frucht, die aus den tiefen Wurzeln dank der Liebe und Gnade Jesu entstanden ist. Wenn wir diese Liebe und Gnade selber erfahren haben, wie gehen wir mit unseren Mitmenschen um? Begegnen wir anderen mit Vergebung und Annahme, haben wir doch selber bedingungslose Vergebung und Annahme erfahren?

Übrigens: Meine Glaubensschwester lebt im Pflegeheim und verliert zusehends die Kontrolle über ihren Körper wegen einer schwer verlaufenden Krankheit. Aber sie weiss sich gut aufgehoben, ist dankbar, aufmerksam und interessiert am Ergehen ihrer Mitbewohner, des Pflegepersonals, den Herausforderungen des Heimleiters etc. – und mir.

Lisa Leisi, Redaktions-Team «Standpunkt»

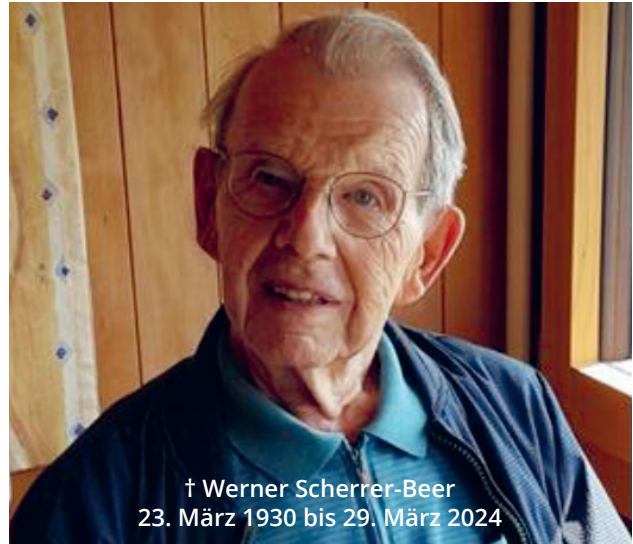
Monats-Karikatur: «Wenn Gerichte Politik machen ...»

Aktuelle Petition unterschreiben: www.fuer-gerechtigkeit.ch



Abschied von Werner Scherrer-Beer

Er hat die EDU gegründet, vertrat die Partei im Berner Grossen Rat und im Nationalrat, amtierte als deren Präsident, war Hauptinitiator der Parteipublikation «Standpunkt», engagierte sich in leitenden Funktionen in der Vereinigung «Pro Israel» und im Sozialwerk «HIOB International», aber auch als gläubiger Hoteldirektor oder Instruktor im Militär.



Im Jahr 1974 kandidierte Werner Scherrer auf der Liste der EVP im Amt Thun erfolgreich für die Grossratswahlen. Er wurde nach Willi Lindner, der seine Wiederwahl schaffte, erster Ersatzmann. Weitere Mitkandidaten sahen diesen Erfolg kritisch. Im Blick auf die Nationalratswahlen vom Oktober 1975 sprachen sie sich dafür aus, dass Werner Scherrer nicht nominiert werden sollte – und konnten sich damit knapp durchsetzen. Als Listenfüller hatte Werner Scherrer ausgedient, er trat mit sofortiger Wirkung aus der EVP aus und stand vor der Frage, wie es weitergehen sollte. Mit acht Interessierten gründete er schliesslich am 3. September 1975 eine neue christliche Partei, die EDU. Es gelang auch, mit einer eigenen Liste zu den Nationalratswahlen vom 26. Oktober 1975 anzutreten. Ein wichtiger Grundstein wurde gelegt.

Werner Scherrer zur Frage, wie es zum Namen «EDU» kam: «Das 'Eidgenössische' musste rein und das Wort 'Demokratie' gehörte einfach dazu. Wie wir allerdings auf 'Union' gekommen sind, das weiss ich nicht mehr.»

Gemeinsame Arbeit

Nach dem Tod seiner Frau Jda heiratete Werner im Jahr 2009 Julia. Sie hat die Anfänge der EDU miterlebt und war selber bereits aktiv: «Ich war von Anfang an dabei, aber einfach im Hintergrund. Ich habe mitgetragen und geholfen, wo ich konnte. Es gab manchmal viel Diskrepanz oder andere Leute hatten das Gefühl, die EDU sei eine Kampfansage. So war es jedoch nicht gemeint. Ich hatte oft das Gefühl, dass nicht verstanden

wurde, weshalb die EDU auch ihre Daseinsberechtigung hat. Sie sollte nicht eine Konkurrenz sein, sondern einfach die Werte, die wichtig sind, in den Vordergrund rücken, stützen und fördern. Ich habe es immer so gesehen. Mich freut es sehr, dass diese Arbeit weitergehen und wachsen darf. Das ist fast über Erwarten, finde ich.»

Zum Selbstverständnis der Partei

«Die EDU ist eine unabhängige Partei mit Mut und Verantwortung, wobei uns die Präambel der Bundesverfassung 'Im Namen Gottes des Allmächtigen' zum politischen Engagement auf biblischer Grundlage und nach christlich-ethischen Grundsätzen motiviert und leitet.» So beschreibt Werner Scherrer in seiner



Eigenpublikation «Nie allein: Kleine Brötchen – grosse Projekte. Die Geschichte eines segensreichen Wirkens» das Selbstverständnis der EDU. Im Gespräch äussert er dazu: «Wir hatten einfach eine Linie, haben von der Bibel her und auf der Grundlage der Bibel Politik betrieben. Das war eigentlich das Wesentliche.»

Werner Scherrer im Grossen Rat und im Nationalrat

Vom Jahr 1978 bis 1991 vertrat Werner Scherrer die EDU im Grossen Rat des Kantons Bern. Von 1991 bis 1997 war er als Nationalrat aktiv. Im Rückblick schätzt er die vielen Kontakte mit den Ratskolleginnen und -kollegen positiv ein: «Ich hatte keine Feinde. Ich habe nie die Situation gesucht, Schwierigkeiten mit den Leuten zu haben. Mir ist es immer darum gegangen, dass sich Dinge entwickeln können. Ich habe einfach immer versucht, etwas Positives zu erreichen.»

Julia Scherrer: «Er hatte eine eigenständige Haltung und daran hat er festgehalten.»

Eine eigene Zeitung

Das Wachstum der EDU brachte zunehmend die Notwendigkeit einer eigenen Publikation mit sich. Fast ohne Finanzen, aber mit grossem Einsatz begann der «Standpunkt» Gestalt anzunehmen. Das Redaktionsteam mit Werner Scherrer, Christof Erne, Ruedi Josuran und Irene Moser, einer vormaligen Journalistin der «Berner Zeitung», brachte am 6. November 1981 mit einer Auflage von 20'000 Exemplaren die erste «Standpunkt»-Ausgabe heraus.



Gemeinsames Alter

Über viele Jahre haben sich Werner und Julia Scherrer auch im Alter aktiv für ihre politischen Werte mit Herzblut eingesetzt und interessiert am Parteigeschehen partizipiert. Der erneute Einzug in den Nationalrat mit Andy Gafner, und nach vier Jahren dann sogar gemeinsam mit Erich Vontobel, bewegte und freute die Beiden sehr.

Das Ehepaar Scherrer-Beer verbrachte die letzten zwei Jahre im Wydenhof, Rubigen. Von der politischen Arbeit haben sich beide bewusst verabschiedet. Freundschaften und Familie rückten in den Vordergrund, was beide immer wieder sehr genossen. Dankbar konnte Werner Scherrer auf ein volles Leben, das von tiefem Glauben und inniger Liebe zu Israel geprägt sein durfte, zurückblicken. Im Kreis von Lieben Menschen durfte Werner Ende März schliesslich einschlafen.

Ein Rückblick von Katharina Baumann, Grossrätin EDU BE, angelehnt an ein gemeinsames Interview im 2022.



Wie politisieren wir?

Als Träger von Gottes Licht in unserer Gesellschaft haben wir sehr wohl einen biblischen Auftrag: «Suchet der Stadt Bestes». Und als politische Partei vertritt die EDU einen politischen Standpunkt.



Thomas Lamprecht, Kantonsrat, Vizepräsident EDU Schweiz

Meines Erachtens soll die EDU in ihrer politischen Arbeit die Destruktivität anderer Wege aufzeigen und auf konstruktive Wege auf der Grundlage christlicher Werte

hinweisen. Man nimmt uns als mutige und unbequeme Stimme in der Politiklandschaft wahr. Wir scheuen uns nicht, Dinge beim Namen zu nennen. Das bringt uns nicht unbedingt immer mehr Wähler – doch wir sagen Wichtiges, das gesagt werden muss. Dabei wollen wir der Wahrheit, der Liebe und der Barmherzigkeit verpflichtet sein. Die Nächstenliebe soll uns leiten. Das Ziel unseres Wirkens ist immer, in der Verantwortung vor Gott und gegenüber den Mitmenschen, den künftigen Generationen und der Umwelt (Schöpfung), enkeltaugliche Lösungen zu finden für aktuelle Fragestellungen und Herausforderungen.

Rasanter Gesellschaftswandel

Wir befinden uns in einem rasanten Gesellschaftswandel. Wir erleben eine «Entkirchlichung» der Gesellschaft, die sich unter anderem darin äussert, dass viele Menschen unter 40 nur noch eine vage Ahnung davon haben, was Glaube und Kirche überhaupt sind. Der Wertezerfall löst enormen Druck auf kirchliche Institutionen aus. Der Wahrheitsbegriff der Bibel befindet sich in einem Aufweichungsprozess. In diesem Umfeld erachte ich es als Auftrag der EDU, auf politischem Weg gesunde Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich unser Volk oder unser Land bestmöglich entwickeln und entfalten kann.



In unseren Überzeugungen und Werten werden wir, die Vertreterinnen und Vertreter der EDU, von vielen Beobachtern nicht nur als traditionell oder konservativ eingestuft, sondern – wenig schmeichelhaft – teils auch als fundamentalistisch, engstirnig oder rückständig. Wieso das? Lange war auch in unseren Kreisen die Überzeugung verbreitet: «Da draussen ist die Welt mit ihren Verführungen und schlechten Absichten. Aber wir sind zum Glück die kleine Schar der Erlösten – wir, die Guten.» Freikirchenvertreter und wir als EDU wurden deshalb teils als «Menschen mit Feindbildern» wahrgenommen. Und so schlug auch uns mitunter Ablehnung entgegen.

Hin zur «herzlichen Mitverantwortung»

Wie positionieren wir uns am besten? Welche Haltungen nehmen wir sachlich ein? Wie können wir in unsere Gesellschaft hineinwirken? Wie auf dem Fundament stehen – und doch unsere Arme in die Gesellschaft ausstrecken? Ich plädiere für einen Paradigmenwechsel: Von einer christlichen Tradition der abwehrenden Haltung hin zu einer engagierten herzlichen Mitverantwortung. Ich wiederhole: als politische Partei vertritt die EDU politische Standpunkte. Deshalb erklären wir an politischen Veranstaltungen unsere Haltungen und Positionen zu politischen Geschäften und halten keine Predigt, weil dies nicht dem Auftrag einer Partei – auch nicht einer christlichen – und auch nicht den Erwartungen des Volkes entspricht. Und wenn wir politisches Infomaterial abgeben, so wird dies über Flyer und nicht über Traktate gemacht.

Die EDU befolgt den Leitspruch: «Der Wahrheit verpflichtet». Wir beziehen uns auf das Wort Gottes, die Bibel. Und das ist gut so. Aber wir handeln uns ein Problem ein, wenn wir es uns zur Aufgabe machen, nur die geschriebene Wahrheit verteidigen zu wollen. Denn Paulus sagte schon: Der Buchstabe allein tötet. Wenn wir die Wahrheit verteidigen, gibt es immer Gewinner und Verlierer. – Aber es gibt noch eine andere Wahrheit. Sie ist lebendig – und heisst Jesus Christus. «Ich BIN die Wahrheit – das wandelnde Wort Gottes». Und Jesus Christus ist der menschengewordene Gott der Liebe. So nah und nahbar. ●

Quellen:

Wie positionieren wir uns als «Träger von Gottes Licht» in unserer Gesellschaft, Andi Keeli

Der Auftrag der EDU, Daniel Frischknecht

Kontinuität und Stabilität bei der EDU Schweiz: Geschäftsleitung wiedergewählt

Die EDU Schweiz traf sich am Samstag, 6. April 2024 am Nachmittag zur Mitgliederversammlung im bernischen Aarberg. Alle bisherigen Mitglieder der Geschäftsleitung stellten sich dabei den rund 100 Mitgliedern zur Wiederwahl – und wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Nach einem geistigen Input von Martina Bolliger sowie gemeinsamem Gebet widmete sich die Versammlung zuerst den statutarischen Geschäften. Sowohl der Jahresbericht 2023 des Präsidenten als auch die von Finanzchefin Carina Burkhalter präsentierte Jahresrechnung 2023 wurden mit Applaus und Dank genehmigt. Auch der Revisorenbericht und das Budget 2024 wurden klar gutgeheissen. Dank haushälterischen Wirtschaftens und Gottes Schutz steht die EDU finanziell auf soliden Beinen – trotz eines intensiven Wahljahrs 2023, das zahlreiche Aktivitäten bereithielt. Nationalrat Andreas Gafner überbrachte der Mitglie-

dersammlung ein Grusswort. Dabei betonte er die gute Zusammenarbeit mit dem im Oktober 2023 neu gewählten Zürcher EDU-Nationalrat Erich Vontobel. Die EDU befindet sich klar im Aufwind, was sich insbesondere in gestiegenen Wähleranteilen bei den Nationalratswahlen 2023 und einem Mitgliederzuwachs von rund 5 % im Jahr 2023 widerspiegelt, wie EDU-Präsident Daniel Frischknecht in seiner Ansprache ausführte.

Die Geschäftsleitung der EDU Schweiz, von der Mitgliederversammlung am 6. April bestätigt, setzt sich auch in der kommenden Legislatur wie folgt zusammen:



Daniel Frischknecht, TG
Präsident



Thomas Lamprecht, ZH
KR, Vizepräsident



Andreas Gafner, BE
Nationalrat



Carina Burkhalter, BE
Kassierin



Anian Liebrand, LU
Redaktionsleitung, Politbüro



Samuel Kullmann, BE
GR, Aufbau Sektionen



Philippe Karoubi, VD
Sektionen Romandie



Martina Bolliger, AG
Kontakte, Gebet

Unsere Nationalräte an der Seite Israels

Die EDU steht hinter Israel und möchte dazu beitragen, dass die Geiseln bald freikommen, die Terroristen zur Rechenschaft gezogen werden und die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten wieder zur Ruhe kommen darf.



Von links nach rechts: alt Nationalrat Markus Wäfler, Nationalrat Erich Vontobel, Ifat Reshef (Botschafterin des Staates Israel in der Schweiz), Nationalrat Andreas Gafner.

Nein zur SP-Prämientlastungsinitiative

Die Gesundheitskosten steigen munter weiter, die Krankenkassenprämien natürlich auch. Man weiss es schon jetzt, auch in diesem Jahr werden die Prämien steigen. Kurz: die Kosten im Gesundheitswesen steigen ins Bodenlose und leider schneller als die Teuerung und auch schneller als das Bruttoinlandprodukt.



Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

Was sind die Gründe? Der Leistungskatalog wurde laufend erweitert, die Pharmaindustrie hat ihre Vertretungen sehr wirkungsvoll positioniert und hält die Medikamentenpreise auf konstant hohem Niveau. Wir haben den Standard der Gesundheits-Infrastrukturen ausgebaut, es gibt kaum noch 4-Betten-Zimmer. Fehlplanungen und Bauruinen sind weitere Stichworte, die in der Vergangenheit riesige Kosten verursacht haben. Zudem ist sicher die Hürde zum Arztbesuch kleiner als früher. Notfallbesuche wegen Kleinigkeiten lösen zusätzlich unnötige Kosten aus.

Zulasten der Steuerzahler

Nun kommt einmal mehr die SP und will einfach den Geldhahn aufdrehen und die Probleme mit Geld zuschütten. Der Staat soll einmal mehr bezahlen. Die Initiative verlangt nämlich, dass keine versicherte Person mehr als 10 % ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien der Grundversicherung aufwenden muss. Was darüber liegt, soll von Bund und Kantonen durch Prämienverbilligungen gedeckt werden. Nach ersten Be-

rechnungen würden Personen mit einem Einkommen von bis ca. 150'000 Franken von einer Prämiensubvention profitieren. Damit signalisiert man den Konsumenten von Gesundheitsleistungen, dass alles in Ordnung sei. Der Staat – also der Steuerzahler – wird die Differenz schon berappen...

Vom Bund wären dabei mindestens zwei Drittel der Kosten zu tragen, der Rest von den Kantonen. Die Mehrkosten sind horrend: Mit der SP-Initiative kommen jährlich 4,5 Milliarden Franken hinzu. Dies läuft auf zusätzliche Kosten von bis zu 12 Milliarden bis 2030 hinaus. Mit keiner Silbe wird jedoch die hierfür notwendige Mittelbeschaffung erwähnt. Ein weiteres Mal wird bestellt, ohne vorher überlegt zu haben, wie man die Mittel beschaffen will. In Mehrwertsteuer-Prozenten ausgedrückt spricht man von einer Zusatzbelastung von 2,3 Punkten. Es handelt sich also um reine Symptombekämpfung, die Ursachen werden einfach ausgeblendet.

Sparpotenzial vorhanden

Das Parlament hat zu dieser Initiative einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet. Das heisst, wenn die 10%-Initiative vom Volk abgelehnt wird, tritt der indirekte Gegenvorschlag in Kraft. Die Kantone müssten abhängig von der Prämienlast zwischen 3,5 und 7,5 % der kantonalen Bruttokosten der obligatorischen Krankenversicherung (OKP) für die Prämienverbilligung aufwenden, was zu einer Mehrbelastung der Kantone von bis zu 350 Millionen Franken führen würde. Die Belastung für den Bund bleibt beim Gegenvorschlag gleich. Dass erhebliches Sparpotenzial vorhanden ist, beweisen die kantonal unterschiedlichen Krankenkassenprämien, die an die Kosten im Gesundheitswesen gekoppelt sind. So bezahlt man im Kanton Appenzell-Innerrhoden pro Monat durchschnittlich 252 Franken und im Gegensatz dazu im Kanton Genf 454 Franken. Sparpotenzial ist also vorhanden, man muss es einfach nutzen. Es ist ein Trugschluss zu glauben, mit einer zusätzlichen Prämienspritze die Kosten zu senken, geschweige denn das Gesundheitswesen kostengünstiger zu gestalten. Darum ist diese Initiative abzulehnen. ●



Ja zu «Stopp Impf-Pflicht»

Die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» (Stopp Impf-Pflicht) verlangt, dass für staatliche Eingriffe in die körperliche und geistige Unversehrtheit die Zustimmung der betroffenen Person vorliegen muss. Die EDU Schweiz empfiehlt Ihnen, am 9. Juni 2024 ein Ja zu dieser Initiative einzulegen.



Anian Liebrand

Im Frühling 2020 erreichte die Corona-Welle die Schweiz. Der Bundesrat ergriff bekanntlich teils einschneidende Massnahmen, um die Bevölkerung vor dem Virus zu schützen und eine Überlastung des Gesundheitswesens, insbesondere der Spitäler, zu verhindern. Gleichzeitig begann die Entwicklung von Impfstoffen gegen das neuartige Virus. Teile der Bevölkerung setzten grosse Hoffnungen in diese Impfstoffe, andere wiederum standen der Impfung ablehnend gegenüber. In diesem gesellschaftlichen Umfeld wurde im Herbst 2020 die Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» lanciert. Sie fordert, dass für Eingriffe in die körperliche oder geistige Unversehrtheit die Zustimmung der betroffenen Person vorliegen muss. Gemäss Initiative darf zudem eine Person, die die Zustimmung verweigert, weder bestraft noch benachteiligt werden. Konkret gemeint sind dabei Massnahmen wie das in der Schweiz erlassene Covid-Zertifikat, das Ungeimpften z. B. den Besuch von Restaurants oder öffentlicher Anlässe verboten oder zumindest stark erschwert hat.

Kritik: «Ungenauer» Initiativtext

Der Initiativtext spricht nicht von «Impfungen», sondern allgemein von «Eingriffen» in die körperliche oder geistige Unversehrtheit. Das kritisieren Gegner der Initiative als problematische Ungenauigkeit. Denn damit umfasse der Text grundsätzlich jedes Handeln von Bund, Kantonen und Gemeinden, das auf den Körper einwirkt. Dem kann entgegnet werden: Über die Umsetzung der Initiative entscheidet nach einer Annahme durch das Volk das Parlament. Hierbei ist der Wille der Initianten und des Volkes zu berücksichtigen – dabei ist klar, dass Leute die Initiative unterstützen, weil sie keine Benachteiligung von Ungeimpften mehr wollen. Niemand will z. B. der Polizei verbieten, DNA-Abstriche von Verbrechern zu entnehmen. Das kann problemlos in der Umsetzung der Initiative präzisiert werden und wurde in der Vergangenheit schon unzählige Male gemacht.

Selbstbestimmungsrecht stärken

Der Initiativtext entspricht ziemlich genau den Formulierungen des aktuellen Parteiprogramms der EDU Schweiz. Zudem hat die EDU bekanntlich zu

allen drei Abstimmungen über das Covid-19-Gesetz die Nein-Parole gefasst. Eines der Hauptargumente lautete, dass die EDU jeweils konsequent für eine «100-prozentige Freiwilligkeit bei Covid-19-Impfungen» eingetreten ist. Der medizin-ethische Grundsatz, wonach vor jeder medizinischen Handlung (z. B. Operation, Blutentnahme oder Impfung) eine ausdrückliche Zustimmung des Patienten eingeholt wird, hat sich bewährt. Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein hohes Gut, das wir stärken wollen – mit einer Verankerung in der Bundesverfassung.

Die Initiative verhindert zudem, dass der Staat (wie zur Corona-Zeit von einigen «Experten» gefordert) einen Impfwang verordnen kann. Das ist in einem freien Land sehr wichtig. Denn zur Selbstbestimmung gehört das Entscheidungsrecht jedes Bürgers oder jeder Bürgerin, ob man sich impfen lassen will oder nicht. Niemand darf wirtschaftliche oder soziale Ausgrenzung durch den Staat erfahren, wenn man sich nicht impfen lassen will. ●

Die EDU engagiert sich mit einer eigenen Plakat-Kampagne im Abstimmungskampf für ein Ja zur Initiative «Stopp Impf-Pflicht». Der Slogan der Kampagne lautet: **Wir entscheiden selber! Ja zu Freiheit und Selbstbestimmung!**



Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit (STOPP Impf-Pflicht)»
Abstimmung vom 9. Juni 2024

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union



«Alle gottlosen Denksysteme haben ihre letzte Ursache im Sündenfall»

Prof. Dr. Werner Gitt ist eine wissenschaftliche «Ikone», dessen publizistisches Wirken seit Jahren grosse Beachtung findet. Gitt widmet sich – nebst vielen anderen Aspekten – der Fragestellung, warum man als Wissenschaftler der Bibel glauben kann. Wir sind dankbar, dass er sich den Fragen des «Standpunkts» stellt.

Die Fragen stellte Dr. med. Karin Hirschi

«Standpunkt»: Wenn der Mensch den Schöpfergott leugnen will, muss er andere Erklärungen finden, wie das Weltall, die Erde und das Leben entstanden sind. Zwei solche Versuche sind die «Urknalltheorie» und die «Evolutionstheorie». Wie realitätsnah (oder realitätsfremd) sind diese Theorien?

Werner Gitt: Die Evolutionstheorie ist insofern realitätsfremd, als sie die Information, die die Basisgrösse aller Lebewesen ist, als materielle Grösse ansieht. Information ist jedoch gemäss einem Naturgesetz der Information eine nicht-materielle Grösse, die nur durch Intelligenz zustande kommen kann. Da Naturgesetze bezüglich falscher Ideen widerlegende Kraft haben, ist die Evolutionstheorie zu einem Perpetuum mobile der Information geworden – also einem naturgesetzlich unmöglichen Gebilde.

Auch die Urknalltheorie ist ein unmögliches Gebilde. Man schliesst aufgrund der jetzigen Ausdehnung des Universums, dass vor Milliarden von Jahren alles einmal in einem Punkt begann. Dafür gibt es keinen Beleg. Woher kamen Materie und Energie? Nach den physikalischen Gesetzen können diese beiden Grössen gar nicht von alleine entstehen. So sprechen auch hier Naturgesetze gegen die Theorie.

Die Naturwissenschaft widmet sich der Erforschung der Wirklichkeit und hat sich selber Grundsätze gegeben: Gesetzmässigkeiten ent-

decken (Hypothesen) und dann durch Experimente prüfen (Theorien). Ist dieses streng naturwissenschaftliche Vorgehen im Fall der «Urknalltheorie» und der «Evolutionstheorie» überhaupt möglich? Oder müssen diese von vornherein in den Bereich der Geisteswissenschaften (der Philosophie) verwiesen werden?

Zum Forschungsgebiet der Naturwissenschaft gehört die gesamte beobachtbare Wirklichkeit. Wegen des grossen Umfangs fächern wir die Untersuchungsgebiete in diverse Disziplinen auf wie z. B. Physik, Chemie, Astronomie, Geologie, Medizin. Je nach Vertrauensgrad unterscheiden wir Spekulationen, Hypothesen, Modelle, Theorien und Naturgesetze. Die Naturgesetze bilden die höchste Aussagegewissheit. Mit ihrer Hilfe lassen sich falsche Lehren widerlegen. «Urknalltheorie» und «Evolutionstheorie» gehören thematisch in den Bereich der Naturwissenschaften. Mit Hilfe der Naturgesetze lassen sich jedoch beide Theorien als Irrwege nachweisen.

Sie schreiben in Ihren Büchern, dass die Erde das Zentralgestirn des Weltalls sei. Wie begründen Sie das? Was macht die Erde so einzigartig?

Die Erde liegt astronomisch gesehen am Rande unserer Milchstrasse. Aber dennoch ist sie das Zentralgestirn im Interesse Gottes. Hier hatte Gott die ersten Menschen geschaffen, und hier haben alle nachfolgenden Generationen ihre Wohnstatt. Gegenüber



Jahresbericht des Präsidenten

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 15. April 2024 durfte ich in meinem Jahresbericht auf ein Jahr voller bedeutender Ereignisse und inspirierender Momente zurückblicken.



Benjamin Carisch,
Präsident EDU Kanton Bern, Spiez

Das vergangene Jahr war geprägt von Wachstum, politischem Engagement und solidarischer Gemeinschaft in unserer Partei. Ein Höhepunkt war zweifellos das Anwachsen unserer Mitgliederzahl auf über 1'000. Diese Zahl ist für mich nicht nur eine statistische Grösse, sondern ein Symbol für das Vertrauen und die Unterstützung, die uns entgegengebracht wird. Jede einzelne Person, die sich für die EDU entscheidet, gibt uns die Motivation und den Ansporn, unser Bestes zu geben.

Dies ist nur eine von vielen inspirierenden Begegnungen: Die Wahlfeier von Manfred Locher zum Thuner Stadtratspräsidenten war für mich ein besonders erfreulicher Moment. Es erfüllt mich mit Stolz, wenn Mitglieder unserer Partei in politische Ämter gewählt werden und dort Verantwortung übernehmen. Die positive Atmosphäre im Thuner Stadtrat zeigt, wie konstruktive Politik zum Wohle der Gemeinschaft gestaltet werden kann. Die Unterstützung Israels im Jahr

2023 war und bleibt ein zentrales Anliegen unserer Partei. Es ist uns wichtig, Solidarität zu zeigen und auf verschiedenen Ebenen Unterstützung zu leisten.

Unsere Sessionsrückblicke «EDU bi de Lüt» stossen auf grosses Interesse und werden auch nach den Wahlen weitergeführt. Sollten Sie noch nicht die Gelegenheit gehabt haben, an einer dieser Veranstaltungen teilzunehmen, kann ich Ihnen dies nur empfehlen. Sie werden jeweils auf unserer Website www.edu-be.ch publiziert. Die Nationalratswahlen 2023 waren für uns intensiv, aber letztlich erfolgreich. Wir konnten ein sehr erfreuliches Ergebnis erzielen. Ohne den Einsatz und die Unterstützung unserer Mitglieder wäre dies nicht möglich gewesen. Ihnen allen gebührt mein aufrichtiger Dank, ebenso wie unserem Herrn Jesus Christus, der uns immer wieder Kraft und Mut schenkt. Der Blick in die Zukunft erfüllt mich mit Optimismus und Vorfreude auf das, was kommen mag. Schon jetzt ist absehbar, dass wir im Jahr 2024 an vielen Kommunalwahlen teilnehmen dürfen und weitere Sitze anstreben. •



Parolenspiegel EDU Kanton Bern

Die Delegierten fassten die Parolen zu den vier eidgenössischen Abstimmungen vom 9. Juni 2024.



Das Problem der steigenden Gesundheitskosten soll nach dem Willen der Delegierten an der Wurzel gepackt und nicht mit zusätzlichen Milliardenausgaben des Staates zugepflastert werden. Die Delegierten empfehlen ein Nein zur Prämi-
en-Entlastungs-Initiative sowie ein Ja zur Kosten-
bremse-Initiative. Sehr deutlich sprach sich die
Delegiertenversammlung für das Prinzip der

Impffreiheit aus. Das Stromgesetz wurde vor
dem Hintergrund des Naturschutzes kontrovers
diskutiert, letztlich setzte sich bei den Delegier-
ten das Argument durch, dass die Vorlage ein
notwendiger Kompromiss ist, der gerade auch
den Ausbau sehr wichtiger Wasserkraftprojekte
ermöglicht. •

Prämien-Entlastungs- Initiative

Ja: 0 / Nein: 40 / Enthaltungen: 2

**NEIN-
Parole**

Kostenbremse- Initiative

Ja: 26 / Nein: 8 / Enthaltungen: 7

**JA-
Parole**

Initiative «Für Freiheit und körperliche Unver- sehrtheit» (Stopp Impfpflicht-Initiative)

Ja: 35 / Nein: 2 / Enthaltungen: 4

**JA-
Parole**

Änderung des Energie- gesetzes und des Stromversorgungs- gesetzes

Ja: 30 / Nein: 10 / Enthaltungen: 3

**JA-
Parole**

Ja zum Stromgesetz

Die Delegiertenversammlung der EDU Schweiz hat Stimmfreigabe zum Stromgesetz beschlossen, bei der kantonalen Delegiertenversammlung wurde jedoch ziemlich deutlich die Ja-Parole gefasst. Jakob Schwarz erklärt, welche Argumente am Ende den Ausschlag gaben.

Jakob Schwarz,
Präsident der EDU-Grossratsfraktion

Am 9. Juni entscheidet das Volk über den Aus-
bau der erneuerbaren Energien. Bundesrat und
Parlament wollen damit die Abhängigkeit von
Energieimporten aus dem Ausland verringern
und das Risiko von kritischen Versorgungs-
situationen wie im Winter 22/23 reduzieren.

Unter dem damaligen Nationalrat und heutigen
Bundesrat Albert Rösti wurde ein Kompromiss
ausgehandelt, der im Parlament eine breite
Mehrheit fand. Der Ausbau von 16 Wasserkraft-
werken sowie der Ausbau von Windenergie,
alpinen Solaranlagen und Biomasse sollen
erleichtert und gefördert werden. Der Land-
schaftsschutz soll etwas eingeschränkt und die
Planungsvoraussetzungen erleichtert werden.

Das Referendum gegen das Gesetz wurde von
Gruppierungen ergriffen, die noch grüner sind
als die Grünen, wie die Fondation Franz Weber
und der Verein Freie Landschaft Schweiz. Diese
Gruppierungen sind gegen Atomkraftwerke, gegen
die Erhöhung oder den Neubau von Staumauern
für Wasserkraftwerke, gegen Windkraftanlagen
und alpine Solaranlagen. Sie wollen aus der
Schweiz einen «grossen Ballenberg» machen.
Sie ignorieren, dass der Energiebedarf durch
die starke Zuwanderung und die Elektrifizie-
rung steigt und eine ausreichende Versorgung
für die wirtschaftliche und touristische Lei-
stungsfähigkeit unseres Landes zentral ist. Das
prominenteste Beispiel ist die seit über 20 Jahren
verhinderte Erhöhung der Grimsel-Staumauer
um 23 Meter, welche die Kraftwerksleistung fast
verdoppeln würde.

Die Vorlage entspricht der bisherigen Haltung
unserer Grossratsfraktion, indem wir Anreize





und Fördermassnahmen im Energiebereich unterstützen und Verbote und Vorschriften ablehnen. Die Alternative bei einer Ablehnung des Gesetzes wären neue Vorschriften wie die Solarpflicht für private Hauseigentümer. Wichtig ist, dass die Mitsprache der Gemeinden bei der Umsetzung, z.B. bei alpinen Solaranlagen, gewährleistet ist. So werden Projekte, die in letzter Zeit von den Gemeinden abgelehnt wurden, nicht weiter verfolgt.

Zudem bringt der Bau von Energieanlagen wirtschaftliche Wertschöpfung in meist strukturschwache Regionen. Die Hoffnung auf den Bau neuer Kernkraftwerke in der Schweiz ist unrealistisch; diese sind in absehbarer Zeit weder mehrheitsfähig noch finanzierbar. Auch wenn nicht alle Punkte dieser Gesetzesrevision gleichermaßen überzeugen, ist sie ein gangbarer Weg, um die Auslandsabhängigkeit im Energiebereich zu reduzieren. •

Rückblick auf ein eindruckliches Präsidialjahr



Zur Person

Manfred Locher (geb. 1956) war bis zu seiner Pensionierung Sekundarlehrer im Schulhaus Progymatte in Thun. Er ist verheiratet mit Karin und Vater von sechs erwachsenen Kindern. Bis zu einem Sportunfall war er Eishockeyprofi und Schweizer Meister mit dem SCB. Heute präsidiert er die EDU Stadt Thun und politisiert weiterhin im Stadtrat.

Die EDU wurde 1975 in der Stadt Thun gegründet. Im Jahr 1978 wurde die Stadtschwester Anna von Grünigen als erstes EDU-Mitglied in den Stadtrat gewählt. 45 Jahre später konnte die EDU mit Manfred Locher (ML) erstmals den Stadtratspräsidenten stellen. Samuel Kullmann (SK) hat ihn interviewt.

SK: Manfred, dein Präsidialjahr liegt nun schon einige Monate zurück. Vermisst du diese Zeit?

ML: Ja. Die vielen Einladungen (bis zu vier pro Wochenende) haben mich mit interessanten Persönlichkeiten zusammengebracht. Als «Höchster Thuner» hatte ich bei Verwaltung und Regierung offene Türen und konnte die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger rasch weiterleiten. Es ist ein gutes Gefühl, gebraucht zu werden! Andererseits schätze ich jetzt auch ruhigere Zeiten.

SK: Was hast du anders gemacht als die Stadtratspräsidenten vor dir? Was war «typisch Fredu»?

ML: Einerseits ist die Amtsführung streng reglementiert, andererseits kann durch eine straffe Sitzungsführung die Effizienz gesteigert werden. Im Jahr 2023 konnten wir trotz grosser Geschäftslast zwei Sitzungen einsparen. Als Pensionierter hatte ich mehr zeitliche Ressourcen als meine berufstätigen Vorgänger und konnte mit wenigen Ausnahmen allen Einladungen Folge leisten, was sehr geschätzt wurde. Vor den Sitzungen habe ich meine persönliche Betroffenheit zum Ausdruck gebracht (z.B. beim Tod meiner Mutter, beim Angriff auf Israel am 7. Oktober, Krieg in der Ukraine).

SK: Welche Begegnungen sind dir besonders in Erinnerung geblieben?

ML: Ich war oft mit Stadtpräsident Raphael Lanz unterwegs. Seine schnelle Auffassungsgabe, seine soziale Kompetenz und seine Ausdauer sind beeindruckend. Die Vereinspräsidenten haben mich mit ihrer unermüdlichen Schaffenskraft überzeugt. Ein Höhepunkt war sicher der Empfang und das Mittagessen im Bundeshaus mit NR-Präsident Candinas und zahlreichen Gemeindevertretern.

SK: Du hast in deiner Eröffnungsrede und bei anderen Gelegenheiten offen über deinen Glauben an Gott gesprochen. Wie war die Reaktion?

ML: Mit einem geschenkten Fünfliber, «Dominus Providebit» und dem Psalm 23 für das Jahr 23 habe ich begonnen, mit kabarettistisch vorgetragenen Dankesworten und der Lesung des Psalms 23 habe ich Ende Jahr aufgehört. Angestellte aus der Verwaltung nahmen im Gespräch direkt Bezug darauf, Kolleginnen und Kollegen hielten sich höflich zurück, ein SP-Stadtrat sagte mir, er hätte auch akzeptiert, wenn ich gebetet hätte. Von einem EDU-Stadtrat wird unausgesprochen erwartet, dass er zu seinem Glauben steht. So konnte ich mich selbst bleiben.

SK: Eigentlich war geplant, dass du einige Jahre früher Stadtratspräsident wirst. Wie ist die EDU damit umgegangen, dass es zunächst nicht geklappt hat?



ML: Ich war froh, dass der Kelch an mir vorübergegangen ist. Die Partei hat sich geärgert, dass ausgerechnet unsere Geschwister das verhindert haben. Aber fünf Jahre später passte es viel besser in meinen Lebensabschnitt.

SK: Du bist seit 2010 im Stadtrat. Was hat dich zur EDU gebracht?

ML: Werner Scherrer hatte sein Büro in meinem Wohnblock. Gute Gespräche mit ihm, David Külling und Susanna Wettstein führten dazu, dass ich für den Stadtrat kandidierte. 2010 rückte ich für Markus Bieri nach und wurde Parteimitglied.

SK: Merci vielmal für das Interview. •

Kallnach: Rochade im Gemeinderat

Kurz vor den Gemeindewahlen vom 20. Oktober 2024 kommt es in Kallnach zu einem Wechsel im Gemeinderat.

Redaktion EDU Kanton Bern

Anita Bula hat 2018 das Gemeinderatsmandat von Peter Bonsack übernommen. Sie war bis Ende April 2024 für das Ressort Sicherheit, Soziales und Kultur zuständig. Der Sitz geht nun zurück an Peter Bonsack, der bereits von 2013 bis

2018 dem Gemeinderat angehörte. Damit kann die EDU wieder mit einem Bisherigen zu den Wahlen antreten. Eine Besonderheit ist, dass der Gemeinderat in Kallnach nur aus sechs Mitgliedern besteht, was in der Schweiz praktisch einmalig ist. Die EDU Ortspartei Kallnach besteht seit 20 Jahren. •



Beten bewegt

Krista Baier, Präsidentin EDU Stadt Bern

«Denn ich weiss ja die Gedanken, die ich über euch denke, spricht der HERR, Gedanken des Friedens und nicht zum Unglück, um euch Ausgang und Hoffnung zu gewähren.»

Jeremia 29,11

Gott Vater sehnt sich nach inniger Beziehung mit uns. Er interessiert sich innigst für unsere Bedürfnisse aber auch für unseren Schmerz. Seine Liebe für uns ist so gross, dass es unsere Vorstellung übersteigt. Er wünscht uns ein Leben in Fülle, Frieden und in Freude. Bevor Jesus zum Vater ging, versprach er uns, dass wenn wir in Beziehung zu Ihm, Gott Vater und dem Heiligen Geist sind und bleiben, dass es uns an nichts fehlen wird. Was für eine hoffnungsversprechende Zusage; und das Beste ist, dass Gott beständig ist und Sein Wort und Seine Versprechen hält.

Johannes 14:13-15

«Alles, um was ihr in meinem Namen bittet, werde ich tun, damit der Vater im Sohn verherrlicht wird. Wenn ihr mich um etwas in meinem Namen bittet, werde ich es tun. Wenn ihr mich liebt, werdet ihr meine Gebote halten.»

Beziehungen sind das Herzstück unseres Lebens. Sie bereichern unser Dasein, bringen Freude und Erfüllung, können aber auch Herausforderungen mit sich bringen. Inmitten der Höhen und Tiefen von Beziehungen gibt es jedoch eine einfache, aber kraftvolle Botschaft, die uns helfen kann, die bedingungslose Liebe zu entdecken. Diese Botschaft heisst: *«Gib von Herzen, was du empfangen möchtest.»* •



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU KANTON BERN
Erlenauweg 17
3110 Münsingen

Telefon 031 991 40 40
info@be.edu-schweiz.ch
edu-be.ch

REDAKTION
Samuel Kullmann

GESTALTUNG
mj-design.ch

DRUCK UND SPEDITION
Jordi AG, Belp

FOTOS
Seite 1: z.V.g.
Seite 3: z.V.g.

allen uns bekannten Planeten und Exoplaneten hat nur die Erde diese einzigartigen Bedingungen, um Leben zu ermöglichen. Sie hat den richtigen Abstand zur Sonne, so dass optimale Temperaturen für das Leben herrschen. Sie hat die richtige Umdrehungsgeschwindigkeit, damit sich nicht zu starke Klimaunterschiede zwischen Tag und Nacht ergeben. Sie hat die richtige Länge des Jahres, so dass es eine ausgewogene Zeit zwischen Saat und Ernte gibt. Sie hat mit 23,5 Grad die richtige Neigung der Erdoachse, so dass ein Maximum der Erdoberfläche lebensfreundliche Bedingungen erhält. Sie hat die richtige Masse und Grösse, so dass an der Oberfläche eine Anziehungskraft herrscht, um die Atmosphäre festzuhalten. Sie hat eine einmalige Zusammensetzung der Atmosphäre für die Lebensformen. Sie ist ein Wasserplanet, eine absolut notwendige Voraussetzung für alles Leben.

Ist die Liebe des alleinigen Schöpfergottes aus der Schöpfung heraus erkennbar oder zumindest erahnbar?

Allein die zielorientierte Zubereitung unserer Wohnstatt Erde weist auf das liebevolle Walten des Schöpfergottes hin. Denken wir weiter an die Gestaltung unseres Körpers mit den genialen Konstruktionsmerkmalen unserer Sinne, unseres Bewegungsapparates und aller Organe, dann offenbart das alles eine grosse Liebe des Urhebers zu uns. Die allergrösste Liebe aber hat Gott uns in seinem Sohn Jesus Christus offenbart, der für unsere Verfehlungen den bitteren Tod am Kreuz erlitten hat, obwohl er selbst völlig ohne Sünde war. Diese Tat ist so gross und einmalig, dass sie uns den Eintritt ins Himmelreich gewährt.

Politische Ideologien haben fast immer einen philosophisch-weltanschaulichen Hintergrund. Die meisten sind in ihrem Kern menschenverachtend. So wurde im Zusammenhang mit Corona der Mensch auf einen «Überträger des Bösen» reduziert und in der «Klimadebatte» zum «Schädling Nummer 1» erklärt. Stecken hinter solchen modernen Menschen(zerr)bil-

dern direkt oder indirekt die Urknall- oder die Evolutionstheorie?

Alle gottlosen Denksysteme haben ihre letzte Ursache im Sündenfall. Dieser grosse Unfall der Menschheitsgeschichte brachte nicht nur Krankheit und Tod in die ursprünglich sehr gute Schöpfung, auch das Denken des Menschen geriet in eine Schiefelage. Die Menschheitsgeschichte belegt diese Aussage in ihren mannigfachen Ausprägungen wie z. B. Aufklärung, Kommunismus, Nationalsozialismus, Urknall- und Evolutionstheorie, bibelkritische Theologie.

Warum tun sich Ihrer Meinung nach viele so schwer damit, dem wunderbaren biblischen Schöpfungsbericht zu glauben und den Schöpfer- und Rettergott anzunehmen?

Das Schulsystem hat sich leider einseitig auf die atheistische Evolutionslehre festgelegt. So werden die Kinder schon früh auf gottloser Schiene geführt. Diese Tragik kann nicht schlimm genug eingeschätzt werden, weil unser ewiger Verbleib damit im Zusammenhang steht. In Johannes 3,36 heisst es: «Wer an den Sohn glaubt, der hat das ewige Leben. Wer aber dem Sohn nicht gehorsam ist, der wird das Leben nicht sehen, sondern der Zorn Gottes bleibt über ihm.»

Sie haben viele spannende Bücher geschrieben, von denen jedes einzelne lesenswert ist. Haben Sie selber ein «Lieblingsbuch» darunter, eines, das Ihnen persönlich besonders viel bedeutet?

Wenn ich ein Buch als Lieblingsbuch hervorheben soll, dann würde ich jenes mit dem Titel «Fragen, die immer wieder gestellt werden» benennen. Es befindet sich auf Deutsch in der 27. Auflage und wurde bisher in 25 Sprachen übersetzt. Allen in diesem Buch behandelten Fragen ist gemeinsam, dass sie mir wirklich gestellt wurden. Es nimmt jene Probleme ernst, die Zweifler, Fragende und Suchende bewegen. So haben die Leser selbst entschieden, welches Buch ihnen am besten gefällt.

Zur Person:

Dir. u. Prof. a. D. Dr.-Ing. Werner Gitt, geboren 1937, ist wohnhaft in Braunschweig (DE). Abschluss als Diplomingenieur, später Promotion zum Dr.-Ing.. Leiter des Fachbereichs Informationstechnologie an der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig (PTB) von 1971 bis 2002 (1978 Ernennung zum Direktor und Professor bei der PTB). Werner Gitt hat zahlreiche Bücher verfasst. Aufnahmen seiner Vorträge werden vertrieben und sind teilweise auch online verfügbar.

Verweise:
www.wernergitt.de



Ja zur Kostenbremse-Initiative

Am 9. Juni stimmen wir über zwei Gesundheits-Volksinitiativen ab, die den «Krankenversicherungs-Prämien-Schmerz» verringern wollen. Eine dieser Initiativen trägt die Kurzbezeichnung «Kostenbremse-Initiative» und wurde von der ehemaligen CVP (heute «Die Mitte») am 10. März 2020 eingereicht.



Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Die eidgenössische Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)» will die Bundesverfassung mit folgendem Initiativtext ändern:

Art. 117 Abs. 3 und 44

3 Er [der Bund] regelt in Zusammenarbeit mit den Kantonen, den Krankenversicherern und den Leistungserbringern die Kostenübernahme durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung so, dass sich mit wirksamen Anreizen die Kosten entsprechend der schweizerischen Gesamtwirtschaft und den durchschnittlichen Löhnen entwickeln. Er führt dazu eine Kostenbremse ein.

4 Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

Initiative zielt in die richtige Richtung

Während grundsätzlich die Kantone die Verantwortung und Regie für die Gesundheitspolitik inkl. Spitalplanung haben, verlangt die «Kostenbremse-Initiative», dass der Bund in direkter Zusammenarbeit mit den Kantonen, Krankenversicherern und den Leistungserbringern im Gesundheitswesen die Kostenentwicklung so regelt, dass mit wirksamen Anreizen die Kosten nicht stärker steigen als die Löhne und die Gesamtwirtschaft. Das ist immerhin etwas, auch wenn keine direkten Massnahmen zur Kostensenkung diktiert werden. Aber: wenn Bund, Kantone, Leistungserbringer (d.h. Spitäler, Ärzte, Apotheken, Drogerien, Spitex, Pharmafirmen etc.) und die Krankenversicherer miteinander an einen Tisch beordert werden und zusammen wirksame Massnahmen und Anreize zur Kostendämpfung ausarbeiten müssen, dürfte ein konkretes Resultat erwartet werden, das auch im Parla-

ment und an der Urne Chancen hat. Leider fehlt an diesem Tisch ein wichtiger Akteur: die Versicherten selber. Sie sind mit ihrer Selbstbedienungs-Mentalität beim Konsum von Gesundheitsdienstleistungen selber einer der wichtigsten Kostentreiber. Weil diese Kostenbremse-Initiative selbst zwar keine direkt kostensenkenden Massnahmen vorschreibt, aber die Hauptakteure im Gesundheitswesen dazu zwingt, gemeinsam entsprechende Massnahmen zu realisieren, zeigt sie in die richtige Richtung.

Milliarden für Prämienverbilligungen

Noch etwas, damit die Relationen gewahrt bleiben: Wir haben in unserem Land zwar ein sehr teures Gesundheitswesen, es funktioniert aber trotz allem relativ gut. Dies im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern mit teurem, aber schlecht funktionierendem Gesundheitssystem. Und was aus meiner Sicht sehr wichtig ist: Alle haben bei uns Zugang zur medizinischen Grundversorgung, trotz ständigem Palaver von einer «Zweiklassen-Medizin». Der Staat resp. die Steuerzahler sind ebenfalls nicht untätig. Mit dem – aus meiner Sicht fragwürdigen – Umverteilungssystem der Prämienverbilligung werden enorme Summen verschoben: Der Bund wandte 2020 total 2,9 Milliarden Franken für Prämienverbilligungen auf. Dazu kamen weitere 2,6 Mia. Franken Prämienverbilligung der Kantone. Gemäss Krankenversicherungsgesetz (KVG) müssen die Kantone die Verlustscheine der Krankenversicherer für nicht bezahlte Grundversicherungs-Prämien zu 85 % übernehmen. Das kostete die Kantone 2020 rund 370 Millionen Franken für nicht bezahlte Prämien, die wiederum rund 160'000 Versicherte betreffen. Das ist kein Pappenstiel!

Viel Luft nach oben!

Wenn die Politik das Gesundheitswesen aus dem aktuellen sozialistischen Zwangskorsett der Pseudo-Solidarität befreien und z. B. den Vertragszwang aufheben würde, wenn das Grundversicherungsobligatorium für fakultative quasi «Vollkasko»- und «Teilkasko»-Varianten geöffnet würde, damit die Versicherten Varianten wählen könnten, würden die Prämien massiv billiger werden. Es hat in der Gesundheitspolitik viel Luft nach oben. Aber bisher fehlte der konkrete politische Wille auf allen Ebenen – leider. Aber ohne Leidensdruck geht hier erfahrungsgemäss nichts. ●



Zwar wenig Kinder, aber mehr Bevölkerung

Ende 2023 zählte die Schweiz 8'960'800 Menschen zur ständigen Wohnbevölkerung. 145'400 Menschen mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig kamen schon lange nicht mehr so wenige Kinder auf die Welt. Was bedeutet diese bereits länger anhaltende Entwicklung für unser Land?



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Es wird viel unternommen, um die Attraktivität familienergänzender Kinderbetreuung auszubauen. Dabei wird die sogenannte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile beschworen und als DIE Lösung propagiert. Damit soll insbesondere ein Beitrag gegen den Fachkräftemangel geleistet werden. Nun hat die Geburtenrate letztes Jahr einen neuen Tiefpunkt erreicht mit nur noch 1,33 Kindern pro Frau (2022 noch 1,39). Für den Bevölkerungserhalt ohne Zuwanderung bräuchte es 2,1 Kinder pro Frau.

Auch hohe Zuwanderung keine Lösung

Dafür sind 263'800 Personen im Jahr 2023 eingewandert. Dies bei 121'600 Wegzügen, worunter 30'700 Schweizerinnen und Schweizer waren. Unser Land verzeichnete damit einen rekordhohen Wanderungssaldo von über 142'000 Personen. Unterdessen leben in der Schweiz über 2,4 Millionen Ausländerinnen und Ausländer. Sie machen 27 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Hinzu kommen die vielen Schweizer mit Migrationshintergrund. In den Jahren 1987 bis 2023 wurden beinahe 1,13 Millionen Personen eingebürgert, ab 2005 jährlich plus minus 40'000. Es wird ständig betont, dass wir auf die Einwanderer angewiesen seien wegen dem Fachkräftemangel. Doch scheinen diese Zuwanderer grossmehrheitlich nicht die entsprechenden Stellen zu besetzen. Zudem brauchen mehr Menschen mehr Wohnungen, mehr Infrastruktur, mehr Lehrer, mehr Ärzte, mehr Energie und einfach mehr von allem, was den Fachkräftemangel erneut verschärft.

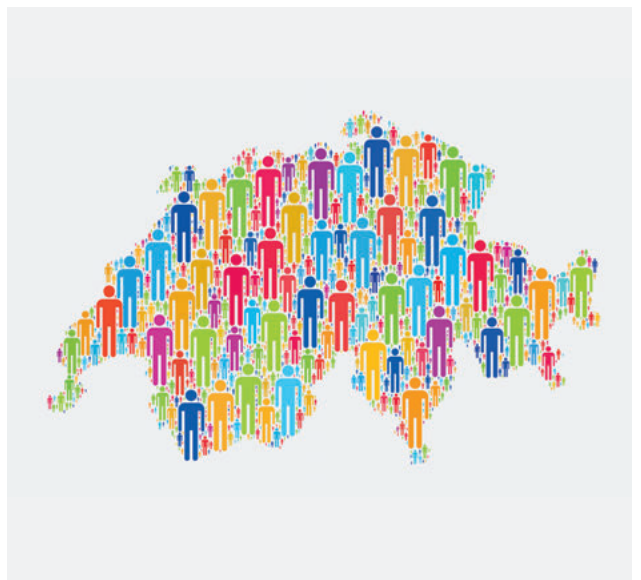
Vom Miteinander zum Nebeneinander

Gleichzeitig werden die Kulturunterschiede grösser. Da sind andere Gewohnheiten, andere Mentalitäten, andere Einstellungen, etwa gegenüber dem Staat und dem anderen Geschlecht, oft insbesondere bei Muslimen. Hinzu kommen sprachlichen Barrieren, welche die gegenseitige Verständigung sowie das Verständnis füreinander erschweren. Zu viele solcher «Bereicherungen» führen zu Frustration und Unzufriedenheit. Konflikte und Kriminalität nehmen zu, aber auch ein Gefühl der Entfremdung, der Heimatlosigkeit und Einsamkeit (nicht nur bei Ausländern) trotz manchmal vieler Menschen in der Umgebung. Dabei gibt es dafür

sicher noch weitere Gründe: Wie vielen Menschen fällt es leicht, Kontakte zu knüpfen, auf andere zuzugehen? Wie viele Menschen interessieren sich für andere, weniger vertraute Menschen? Eine asoziale Ich-Bezogenheit und die häufige Beschäftigung mit dem Handy verschärfen das anonyme Nebeneinander.

Was tun?

Jedes Land muss seine Errungenschaften und Gepflogenheiten schützen können. So auch die Schweiz. Deshalb muss unser Land mit seiner hohen Bevölkerungsdichte allgemein die Zuwanderung drosseln, auch wegen den vielfältigen finanziellen Belastungen. Wer da ist, soll sich vertraut machen mit den hiesigen Grundlagen und soll mit Arbeit für sich und die Familie aufkommen können. Zudem brauchen wir echte Familienförderung. Das heisst, es braucht eine bewusste Wertschätzung von Familien und insbesondere Kindern, auch finanziell, je nach Einkommen bei Eigenbetreuung. Schliesslich liegt es an uns allen, in der Nachbarschaft oder im Umgang mit Kindern und Fremden einen Unterschied zu machen. Ich werde zum Beispiel einer Familienfrau bei der nächsten Gelegenheit sagen, wie sympathisch ihre fröhliche und hingebungsvolle Art als Mami wirkt! Auch freut es mich selbst, wenn ich mit Enkelkindern unterwegs bin und Menschen berührt werden. ●



Der grosse Kasten



Ruedi Ritschard, Kolumnist

Was für eine Aufregung! Immer mehr Menschen strömen zum Bauplatz. «Noah ist durchgeknallt, der spinnt, er hat einen zu viel hinter die Binde gekippt, was ist in diesen Frömmeler gefahren?» So lästern, höhnen und spotten die Leute. «Noah will wohl Seefahrer werden. Hier gibt's ja nur Sand und trockene Erde. Wo ist denn dein Meer? Zeig es uns! Noah, bist du verrückt geworden?»

Noah lässt sich nicht aus der Ruhe bringen und dichtet die letzten Ritzen mit Pech. Die Arche ist fertig. Was für ein Werk! Dann steigt er vom Gerüst und ruft seinen Söhnen: «Wir können einladen. Sem, verstaue das Heu und alles Tierfutter. Ham, lade die Küchenvorräte ein und fülle die Wassertonnen. Jafet, steh an das Tor, dass keine Panik ausbricht, wenn die Tiere in die Arche stürmen. Ich prüfe nochmals alle Ställe und schaue, ob wir nichts vergessen haben!» Nun ist alles bereit. Sem hält die Hände wie ein Trichter an den Mund und ruft: «Chömet, chömet, hoihoi!» Dann geht's los. Die Tiere haben in der Umgebung gewartet und setzen sich in Bewegung. Sie stampfen, rennen, brüllen, fliegen, schreien, flattern, piepsen, kriechen, keuchen und springen. Paarweise treffen sie ein. Vor der Arche bildet sich ein langer Stau. Jafet hat alle Hände voll zu tun und weist den Tieren den Weg zu ihrem Platz. Noah schaut dem aufregenden Treiben zu, reibt sich die Hände und lächelt still. Das Unternehmen «Arche» ist gelungen, alle Tiere sind an Bord. Fast alle. Noah hört ein schlurfendes Geräusch hinter sich. «Ach du arme kleine Schildkröte. Anschluss verpasst? Klar, du bist soo langsam. Komm, ich helfe dir!» Behutsam hebt er sie auf und trägt sie in die Arche. Dann faltet Noah die Hände und blickt nach oben. «Herr, ich habe alles nach Deinen Anweisungen ausgeführt. Was soll ich jetzt tun?» Und Gott spricht: «Nimm deine Frau, deine Söhne und deine Schwiegertöchter und gehe in die Arche. Dann werde ich das Tor verschliessen.»

Bald darauf beginnt es zu regnen, alle Quellen in der Tiefe brechen auf und die Schleusen des Himmels öffnen sich. Die Menschen fürchten sich, sie lästern nicht

mehr, sie schreien um Hilfe. Aber es ist zu spät. Ein Ruck, die Arche hat sich gelöst und schwimmt weg.

Die Geschichte von der Sintflut bewegt mich immer wieder. Kürzlich sah ich mir einen «Sandalenfilm» (Bibelfilm) an. Noah als Schiffsbauer wurde auch dargestellt und die Tiere, wie sie in der Arche verschwinden. Der Tiger neben dem Schaf, der Löwe friedlich neben dem Lamm. Paradies pur. Frieden auf Erden. So wird es einmal sein. Sind die Dinosaurier eigentlich auch eingestiegen? Die Forscher rätseln bis heute und sind sich nicht einig, warum und wie diese Riesen ausgestorben sind. Ich muss lächeln, denn ich habe die Antwort. Hier ist sie:

Zwei Dinos sitzen gemütlich am Rande eines breiten Flusses und plaudern miteinander. Da schwimmt die Arche Noah vorbei. Sagt der eine Dino zum anderen: «Du, wär jetzt das hütt gsy?»

Ich verstehe, wenn jemand diese kleine Geschichte nicht lustig findet. Sogar humorlos und total daneben. Ich finde sie aber herrlich. Und: Sie hat uns etwas zu sagen. Sind wir schon auf dem rettenden Boot? Wenn nicht: Lasst uns einsteigen in die Arche. Gott ruft und wartet auf uns. Wir kommen von Ostern her. Jesus ist gestorben für uns, am dritten Tag aber auferstanden und lebt und will uns an Bord haben. Dich und mich, uns alle. ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU CH: Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) hat in einem Online-Beitrag die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) unzulässig als «Rechtsaussen-Partei» bezeichnet. Zu diesem Schluss kam die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen UBI am 22. März 2024, wie die Medien berichteten. Die Bezeichnung in einem Artikel vom Oktober 2023 sei irreführend gewesen, teilte die UBI mit. Aufgrund der geltenden erhöhten Sorgfaltspflichten vor den Eidgenössischen Wahlen stelle diese eine Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots dar. Die SRF-Redaktion berichtete inzwischen die unzutreffende Information. Die Beschwerde hatte ein Bürger eingereicht.

EDU TG: Am 7. April 2024 fanden im Kanton Thurgau die Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Trotz der tiefen Wahlbeteiligung von nur gerade 30,4 % verlief der Wahlsonntag für die EDU Kanton Thurgau erfreulich. Sie konnte ihren Wähleranteil von 4,4 auf 4,7 % steigern und ein Grossratsmandat hinzugewinnen. Neu stellt die EDU sechs Kantonsräte. Da die EDU entschieden hat, mit der Bewegung «Aufrecht» (neu mit einem Vertreter im Grossen Rat) eine Fraktionsgemeinschaft einzugehen, zählt die EDU-Fraktion im Grossen Rat neu sieben Mitglieder. Wir gratulieren den gewählten EDU-Kantonsräten herzlich zur Wahl und wünschen ihnen viel Weisheit und Gottes Segen in ihrem Wirken:

- Peter Schenk (bisher), Bezirk Weinfelden
- Lukas Madörin (bisher), Bezirk Weinfelden
- Christian Mader (bisher), Bezirk Frauenfeld
- Marcel Wittwer (bisher), Bezirk Arbon
- Christian Caviezel (NEU), Bezirk Kreuzlingen
- Andreas Sigrist (NEU), Bezirk Münchwilen



Daniel Vuilliomonet und
Regula Gerber

EDU BL: 29 Mitglieder und Gäste der EDU Kanton Baselland trafen sich am 21. März 2024 zur jährlichen Mitgliederversammlung. Der Berner EDU-Grossrat Samuel Kullmann ermahnte als Gastredner die Anwesenden zur Wachsamkeit. Er zeigte in seiner Präsentation auf, wie die Hauptsponsoren der WHO der Welt ihre Gesundheitspolitik aufdrängen. Die Mitglieder wählten einstimmig den kürzlich pensionierten Sekundarlehrer Daniel Vuilliomonet zum neuen Präsidenten der EDU Baselland. Er löst die zurückgetretene Präsidentin Regula Gerber ab. Als Spitzenkandidat der EDU Baselland für die Nationalratswahlen 2023 ist Vuilliomonet vielen bereits vertraut.

Die EDU Baselland dankt Regula Gerber für die während den letzten Jahren geleistete Arbeit als Präsidentin ganz herzlich. Die Mitglieder wünschen dem neuen Präsidenten, Daniel Vuilliomonet, göttliche Weisheit und Erfolg in seinem neuen Dienst für die EDU Baselland.

EDU TI: Im Beisein von Edo Pellegrini, Präsident der EDU Kanton Tessin (im Tessin «UDF» genannt), wurde am 20. März im Restaurant Barilotto die UDF-Sektion Lugano formell gegründet. Der Vorstand der Sektion besteht aus ihrem Präsidenten Fausto Spacio, Jahrgang 1958, der bei den Wahlen vom 14. April auf der Liste UDC-UDF für den Stadtrat von Lugano kandidierte. Vizepräsidentin ist Sandrine Genoud, Jahrgang 1966, die sich ebenfalls um einen Sitz im Stadtparlament bewirbt. Die Sekretärin ist Nirvana Genoud, geboren 2005. Die UDF Lugano strebt eine pragmatische bürgerliche Politik an, bei der die Achtung der christlichen Werte, das Wohlergehen der Einwohner und insbesondere der Familien, eine strenge Politik bei den öffentlichen Ausgaben und die Ablehnung von Steuer-, Gebühren- und Abgabenerhöhungen im Vordergrund stehen.



Der Vorstand: (von links) Nirvana Genoud, Sekretärin; Fausto Spacio, Präsident; Sandrine Genoud, Vizepräsidentin.

Stromgesetz – Ja zu Strom aus der Schweiz

Die Delegiertenversammlung der EDU Schweiz hat am 6. April in Aarberg zur Stromgesetz-Vorlage Stimmfreigabe beschlossen. Warum ich für ein Ja plädiere.



Timmy Frischknecht, Präsident Junge EDU Schweiz

Gegen den vom Parlament ausgearbeiteten und breit abgestützten Kompromiss zum «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» wurde von Gruppierungen rund um die Fondation Franz Weber und Freie Landschaft Schweiz das Referendum ergriffen. Folgende Punkte, welche grossmehrheitlich im Einklang mit dem Aktionsprogramm der EDU Schweiz stehen, werden durch das Stromgesetz neu abgedeckt, weshalb ich ganz klar für ein «Ja» zum Stromgesetz einstehe:

Reduktion der Auslandabhängigkeit

Wer beispielsweise eine Wärmepumpe anstatt einer Ölheizung bei sich zuhause einbaut, braucht, um es zuhause gleich warm zu haben, rund 4-mal weniger Energie. Das aus dem Ausland importierte Öl kann ersetzt werden durch einen Viertel der Energiemenge in Strom. Ob an dieser Stelle ein Bezug auf das Klima sinnvoll ist, kann jeder für sich entscheiden. Ein Szenario einer energieautarken Schweiz, welche auf Importe von Kern- und Treibstoffen aus dem Ausland komplett verzichten kann, ist nicht realistisch und sollte nicht in grünen Fantasien enden. Fakt jedoch ist: Anstatt fossile Brennstoffe aus dem Ausland importieren zu müssen, können wir unseren Strom in der Schweiz produzieren!

Strom aus der Schweiz

Welche natürlichen Ressourcen haben wir in der Schweiz zur Verfügung? Wasser, Sonne, Biomasse, Wind und Erdwärme. Genau diese Ressourcen für die Stromproduktion sieht das Stromgesetz vor. Durch ein diversifiziertes Produktions-Portfolio wird die Versorgungssicherheit der Schweiz gestärkt. Fällt eine Technologie weg, wird sie durch eine andere ersetzt. Die Finanzierung der Fördermittel wird weiterhin durch den Netzzuschlag von max. 2,3 Rp./kWh sichergestellt (Art. 24 ff EnG). Die einzelnen Beiträge werden auf Stufe der Verordnungen mit dem künftigen Fokus auf mehr Winterstrom angepasst.

Fokus: Winterversorgung

Da die Schweiz im Winterhalbjahr viel Strom importiert und im Sommerhalbjahr bereits heute exportiert, ist es wichtig, dass das Augenmerk unserer Energiepolitik in Zukunft auf dem Winterstrom liegt. Damit die Abhängigkeit vom Ausland für Stromimporte im Winter nicht zu hoch wird, darf ein Import von 5 TWh im Winterhalbjahr nicht überschritten werden (Art. 2 Abs. 3 EnG). Im Falle einer drohenden Mangellage dürfen zudem die Restwassermengen der Wasserkraftwerke beschränkt werden (Art. 2a EnG).

Es gibt auch Positives zu vermelden: Die Schweizer Bevölkerung wird in der Ressourcenverwendung seit Jahren immer besser! Das Stromgesetz sieht noch weitere Ziele und Massnahmen vor, was ebenfalls einer Forderung aus dem Aktionsprogramm der EDU entspricht.

Planungssicherheit

Neben einer schweizweiten Vereinheitlichung der Rüchspreisstarife für private Solaranlagen gibt es für Grossanlagen eine einheitliche Planungspflicht, die es im Anschluss auf kantonaler Ebene in gute Richt-, Nutzungs- und schliesslich Zonenpläne zu bringen gilt. Über diese Planung kann die Bevölkerung immer noch abstimmen. Umweltinteressen können konstruktiv diskutiert werden. Dies schafft Planungssicherheit für den Ausbau der notwendigen Infrastruktur, indem die nachgelagerten – also im Nachgang an diese intensive Planung geltenden – Einsprachehürden erhöht werden. Denn eines dürfen wir nicht vergessen: Die Kosten für Projekte, die sich aufgrund von Einsprachen teilweise über Jahrzehnte verzögern, trägt über das eine oder das andere Portemonnaie immer der Steuerzahler!

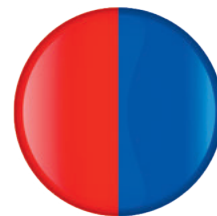
Fazit

Seit dem grossen Ausbau der Stromnetze sowie der Wasser- und Kernkraft ruhen wir uns viel zu stark auf den Lorbeeren unserer Vorfahren aus, anstatt dass wir das Zepter wieder in die eigene Hand nehmen. Um unsere Abhängigkeiten zu verringern, sollten wir uns breiter aufstellen. Das Stromgesetz ist ein mehrheitsfähiger Kompromiss, mit dem einige für den Zubau der erneuerbaren Energien notwendige Grundlagen geschaffen werden können. Weitere Vorlagen wie Bewilligungsvereinfachungen für den Netzausbau, sowie die Initiative für eine Aufhebung des Kernkraftwerkverbotes stehen auf der Traktandenliste von Bundesrat Albert Rösti (SVP) als nächstes an.

Damit weitere Vorlagen, die für das Rückgrat einer sicheren Stromversorgung notwendig sind, angepackt werden können, ist es daher wichtig, dem dafür zuständigen Bundesrat der Rücken zu stärken. Darum lege ich am 9. Juni überzeugt ein Ja zum Stromgesetz in die Urne!

[Für Kontra-Argumente zu dieser Vorlage beachten Sie bitte den Artikel «Windenergie – alles andere als sinnvoll» von Lisa Leisi im «Standpunkt», Ausgabe 4/2024.](#)

Risultati delle elezioni comunali del 14 aprile 2024



Sul no. 3-2024 di EDU-Standpunkt vi avevo elencato la dozzina di candidati di UDF Ticino ai Municipi ed ai Consigli comunali di alcuni Comuni del Ticino.

Come tre anni fa, 4 membri UDF ce l'hanno fatta per il Consiglio comunale e uno per il Municipio.

Innanzitutto, una new entry: a Massagno, importante Comune di 7'000 abitanti della cintura di Lugano, è stato eletto **Fabio Zucal**.

A Caslano, 4'400 abitanti, è stata confermata **Paola Eicher**. Nella città di Mendrisio (15'000 abitanti) è stato confermato **Roberto Pellegrini** e a Vacallo (3'500 abitanti) **Edo Pellegrini**, presidente uscente del Consiglio comunale. Inoltre va ricordato che **Carlo Franchini**, membro UDF, è stato brillantemente riconfermato Municipale a Lamone, su una lista civica.

A Stabio, purtroppo, non avremo più un Consigliere comunale poiché Raffaele Bischof, che ringraziamo, si è trasferito oltre Gottardo e non avevamo un altro candidato da proporre.

Ringraziamo di cuore gli eletti e auguriamo loro buon lavoro.

È giusto, però, ringraziare anche gli altri membri di UDF Ticino che si sono messi in gioco, pur non ottenendo un'elezione: **Barbara Bernasconi** a Bellinzona, **Mario Bosniak** e **Walter Eicher** a Caslano, **Gabriella Pogliani** e Mendrisio, **Sandrine Genoud** e **Fausto Spacio** a Lugano.

Fra l'altro, i due ultimi citati sono anche, rispettivamente vice-presidente e presidente della neonata sezione UDF della città di Lugano!

Tutti hanno, comunque, ottenuto lusinghieri risultati.

Si è quindi concluso un anno elettorale nel quale, in Ticino, si sono tenute le elezioni cantonali (aprile 2023), quelle federali (ottobre 2023) e quelle comunali (aprile 2024). Per un po' non saremo più in campagna elettorale! Un cordiale saluto dal Ticino.

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino



Umfrage: Warum engagieren Sie sich für die EDU?

«Er führt mich auf rechter Strasse um seines Namens willen»



Ich bin in der EDU, weil ich mich so geführt sehe. Ich kündigte meine Teilzeitanstellung als Pastor auf Ende August 2023. Einer meiner Söhne fragte mich dann, ob ich nicht Interesse an Politik hätte. Für mich war das ein neuer, unerwarteter Gedanke. Mit der Kündigung hatte ich mich entschlossen, einen Teil meiner Sicherheiten aufzugeben. Dadurch hatte ich nun auch mehr frei verfügbare Zeit. Was damit tun? Wichtig waren mir in diesem Veränderungsprozess die Worte aus Psalm 23: *«Er führt mich auf rechter Strasse um seines Namens willen.»* Sollte der Weg in die Politik nun Gottes Führung sein?

Führung erlebte ich in der Vergangenheit immer wieder gemäss: *«Es begab sich...»*. So sah ich auch dies nicht als Zufall an. Ich nutze die Internetseite smartvote.ch, um

herauszufinden, welche Partei am ehesten meiner politischen Ausrichtung entsprechen würde. Das Ergebnis zeigte mir, dass mir die EDU tatsächlich am ehesten entsprach. Als dann die konkrete Anfrage kam, ob ich als Grossrat im Kanton Thurgau kandidieren würde, war für mich die Antwort klar. Der Eintritt in die EDU war die logische Konsequenz. Ja, ich bin in der EDU, weil ich damit rechne: *«Er führt mich auf rechter Strasse um seines Namens willen.»* Wohin dieser Weg nun führt, da bin ich gespannt.

Andreas Sigrist (61), seit 1988 verheiratet, drei Söhne und fünf Enkelkinder; Landwirt, Theologiestudium, Pastor, Coach EASC, Supervisor EASC, Lehr-Supervisor EASC. Seit April 2024: Kantonsrat EDU Thurgau; Hobbies: Lesen, Stille geniessen, Systeme und Beziehungen analysieren, willigen Menschen zu AHA-Erfahrungen verhelfen, Enkelkinder geniessen und mich von ihnen inspirieren lassen; wohnhaft in Guntershausen bei Aadorf TG.

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN IMMOBILIEN

Ein Bijou von Chalet! Gedicogenes, charmantes Wohnen in 3713 Reichenbach i. K., mit unverbaubarer, fantastischer Aussicht, auf rund 1000 m ü. M. gelegen, oft über dem Nebel. K: www.immoscout24.ch/de

VERKAUFEN

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Tel. 079 607 12 07

Neue Broschüre, Format A5, ca. 50 Seiten: «Eltern, schützt eure Kinder vor dem Staat!» Wie der Staat mit der Schule die Kinder verdirbt (Klimawahn, Okkultismus, Sexualisierung, Genderismus, «Corona»-Politik), und wie man sich wehren kann. Broschüre erhältlich gegen Spende nach Erhalt. Bestellungen an: basileuo, Lörenstrasse 46, 9230 Flawil.

VERMIETEN

4-Zi.-Altbauwohnung in Beatenberg, mit allem zeitgemässen Komfort. Eigene Waschmaschine, Anschluss für Breitband-Internet, Glaskeramik-Kochherd usw. Sonnige Lage, top Aussicht auf See und Berge, direkt an Wanderwegen. Die Wohnung eignet sich vor allem als Ferienwohnung und kann auf Wunsch evtl. möbliert übernommen werden. Infos und Bilder: h.r.gafner@quicknet.ch

Möbliertes, renoviertes 5-Zi.-Haus, in Unterstock, 3862 Innertkirchen, ruhige Lage, kein ÖV-Anschluss, 2-3 Parkplätze, Garten mit 6 Beeten, Sitzplatz, MZ CHF 1580.-, mit PP, exkl. NK. K: 077 456 62 59

Ferienwohnung in Alphüttli in Teuffenthal b. Thun, geeignet auch für größere Familien. Infos unter weichel.ch; 033 442 19 17, 079 723 03 20

2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee. Ideal bis 2 Personen. Wandern, Baden, Velotouren, ÖV 5 Min., PP, gedeckter Sitzplatz, W-LAN, TV. K: 078 666 36 51

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauseingang, PP. K: A. u. D. Zingg, flora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

PARTNERSUCHE

Junger, aufgestellter, wiedergeborener Christ, 33-j., aus dem Kt. LU, sucht Partnerin. 1,73 m, schlank, sportlich und sportinteressiert, Schreinermeister, NR, aktives Mitglied einer Freikirche. Der Glaube an Jesus Christus als mein Erretter ist

mir sehr wichtig. Wenn du dich angesprochen fühlst, freue ich mich auf eine Nachricht mit Foto. K: stefanfahri@hotmail.com

40-j., natürliche, schlanke Frau sucht gleichgesinnten Lebenspartner. Eigenständiges Denken, lernfähig bleiben, Einfühlungsvermögen sind mir wichtig. Interesse u. a. an Geschichte und der weltpolitischen Lage. Bin naturverbunden. Gemeinsame geistige Interessen und Werte wie Treue, Ehrlichkeit, Verlässlichkeit sowie das offene Gespräch sind für mich entscheidend. Sprich dich diese Anzeige an, freue ich mich auf deine Antwort. K: ausicht2020@outlook.com (E-Mail-Adresse in der April-Ausgabe war nicht korrekt)

VERSCHENKEN

Elektrische Honigschleuder in sehr gutem Zustand, Durchmesser 76 cm, Platz für 16 Rahmen. Muss abgeholt werden (Kt. BE). K: 062 965 14 36

Erwachsenen- und Jugend-Bücher, christliche und andere. Müssen in Bad Ragaz SG abgeholt werden. K: 081 302 43 77, 081 720 26 65

VERSCHIEDENES

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung und Verfügung «Nein zur Organspende» finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Würenlos: jeden ersten Montag im Monat, 19.30–20.30 Uhr: Gebet bei M. Suter, Lättenstrasse 8. K: 079 825 44 05

Heiden: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9.30–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Dietikon: jeweils am ersten Samstag im Monat 9–11 Uhr: **Gebetsfrühstück** im «Mis Kaffi», Bremgartnerstrasse 3. K: Nikolaus Johannes Stadler, 044 500 41 91

Dietikon: jeden 2. Donnerstag, 19 Uhr, Silber Church, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen**. K: <https://israel-gebetstreffen.ch>

13./27.5. Bülach: 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

19.5. Herisau: 17 Uhr, Pflingstgemeinde, Rosenastrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

25.5. Schaffhausen: 9 Uhr, Restaurant «Zum Alten Emmersberg», Bürgerstrasse 49: **Parteitag EDU Kt. Schaffhausen**. Nachmittags Munot-Führung und Gebet im Rosengarten. K: www.edu-sh.ch

Christliche Anlässe

rea Israel-Tournee mit Nahostkenner und Theologe Johannes Gerloff «**Israels aktuelle Entwicklung aus biblischer Perspektive verstehen**»

2.5. 19.30 Uhr, Viva Kirche, Romanshorn. K: <https://vivakirche-romanshorn.ch>

3.5. 19.30 Uhr, CBZ Ilfisbrücke – Bewegung Plus, Langnau i. Emmental. K: <https://www.bewegungplus-langnau.ch>

4.5. 19 Uhr, FCG im Rosenberg, Winterthur.

K: <https://www.fcg-winti.ch>

5.5. 10 Uhr, Comunità Evangelica Pentecostale, Locarno. K: <https://ceplocarno.ch>

5.5. 19 Uhr, Treffpunkt, Evangelische Kirche, Chur. K: <https://treffpunkt-chur.ch> K: www.rea-israel.ch

Jugendevent DOXA

4.5. 9–22 Uhr, Schönenwerd: **Christlicher Jugendevent DOXA**. Alle Jugendlichen ab 16 Jahren sind herzlich eingeladen. K: www.doxa-jugendevent.ch

Gebetsaktion während der 77. WHO-Versammlung in Genf

Vom Montag, 27.5.24 bis 1.6.24 findet in Genf die wichtige 77. Vollversammlung der WHO (Welt-Gesundheitsorganisation der UNO) statt, an welcher über den Pandemievertrag abgestimmt wird. «Gebet für Globalisten» (www.gebet-globalisten.ch) wird in dieser Zeit eine **Gebetswache** vor Ort durchführen. Freunde der EDU sind herzlich willkommen. Nähere Einzelheiten direkt bei Chr. Wider, Tel. 062 797 10

ICEJ Schweiz

2.–8.6. Ferienwoche mit Fokus Israel, im Hotel Sunnehüsi, Krattigen, mit Hansjörg Bischof. Anmeldung: info@sunnehuesi.ch, 033 650 78 78

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

2. – 6.6. Ferienwoche für Pensionierte, Pauschalpreise ab CHF 500.–

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Konferenz Culture Shift

7.–8.6. Glaube, Gender, Sexualität. Eine inspirierende Konferenz für Teenie- und Jugendliche, Leiter und Interessierte. K: <https://www.istl.net/cultureshift/>

Protestantischer Verein Kirche und Glaube

Tagungsstätte Rämismühle, 8487 Rämismühle

7.6. 20 Uhr: «Wer bedroht die Schweiz? Wer regiert die Schweiz?» mit Dr. Ulrich Schlüer, Flaach

8.6. 10 Uhr: «Querschnitt durch die polizeiliche Strafverfügung» mit Markus Melzel, Möhlin

8.6. 14 Uhr: «Auswirkung der WHO-Verträge auf die Schweiz» mit Andrea Staubli, Remetschwil

9.6. 10 Uhr: Gottesdienst und Abendmahl «Hoffnung und Freude trotz der kritischen Weltlage» mit Dr. Roland Kleger, Kreuzlingen. Anmeldung: info@pvkg.ch, 071 640 01 30

«Trampolin und mehr»-Seminarwoche

26.–30.8. Hotel Paladina, Pura: **Gesundheitsorientiertes Trampolintaining kennenlernen** – wohltuende Entspannung erleben – köstliches Essen geniessen – wertvolle Impulse für das Leben mitnehmen! K: www.swingwalking.com, 071 223 20 23

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Die EDU verfügt neu über ein Spendenkonto, welches mit Silber abgesichert ist. Inhaber eines Silbergranulat Kontos können Spenden direkt an die Vertragsnummer der EDU (CH6947888) überweisen.

«EDU-Standpunkt»
Die Ausgabe 06/2024 wird am 27. Mai 2024 versendet.

Redaktionsschluss:
3. Mai 2024
Druck: 22. Mai 2024

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Impressum

Herausgeber / Redaktion: EDU-Standpunkt | Postfach 43
3602 Thun

Administration und Adressmutationen: 033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen: (ohne Marktplatz) | 031 818 01 46
inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18): 033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion: redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion), Anian Liebrand (Redaktionsleitung), Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi
regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler, Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout: Harold Salzmann

Druck und Spedition: Jordi AG, Belp

Fotos: Titelseite: zvg | 3: Karikatur Willu | 10, 13, 14: Adobe Stock
5: zvg, IDEA, u. rechts: Christian Ibach | 12: www.die-mitte.ch
Kopfbilder, 4, 6, 7, 9, 15: zvg

43. Jahrgang; erscheint monatlich | 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)

Auflage: 19 700 Exemplare

Jahresabonnement: nur Fr. 30.– / 25 € für 11 Ausgaben
(inkl. 2,6 % MwSt.)

www.edu-schweiz.ch



zubi
Dein Sport- und Freizeitanbieter.



Los Lorentes
Residences
loslorentes.com



Der Schweizer Luftkissen-Schuh
www.kybun.swiss **kybun**
Schweiz

Christlicher Hilfsbund im Orient



Hilfe für Armenier und den Libanon seit 1937.
www.hilfsbund.ch

eljah



Ihr Geschenk
Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

Silber und Gold als Münzen und Granulat
Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!
Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.

www.huwa.ch **Huwa**
seit 1911



KEIN KIND SOLLTE IN ARMUT LEBEN.
Deine Patenschaft wirkt.



COMPASSION
COMPASSION.CH

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk

Huttwil



www.kamele.ch

Schaukarderei

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

062 962 11 52

Scribe
Übersetzungen – Korrektur – Redaktion

Die richtige Wortwahl
T 032 342 77 77 | info@scribe.ch | www.scribe.ch

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»
lepramission.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung

TB **TRANSPARENT BROKER**
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch



FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

baumann
elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 Münsingen | 031 721 62 27

Für mehr Lebensqualität.



RS **Hilfsmittel** Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

E. + W. BERTSCHI AG

5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen



Helfen Sie mit!



1000plus.net/de-ch

St. Gallen sagt «Nein!» zu HILFE statt Abtreibung

Seit 2009 trägt 1000plus Deutschland die Beratung und Hilfe tausender Schwangerer in Not im gesamten deutschsprachigen Raum. Um diese wohltätige Arbeit unmittelbar auch in der Schweiz weiter auszubauen, wurde im Jahr 2023 die 1000plus Schweiz GmbH ins Leben gerufen.

Mit Entscheid vom 10. Oktober 2023 wurde uns durch das kantonale Steueramt St. Gallen die **Anerkennung der Gemeinnützigkeit verweigert**. 1000plus sei nicht gemeinnützig im Sinne der «gesellschaftlichen Gesamtsicht». Das Steueramt ist der Ansicht, dass unser durch 1000plus finanziertes Profemina-Beratungsangebot «nicht im Interesse der Allgemeinheit» ist.

Wir sind jedoch der Überzeugung, dass 1000plus Schweiz aus folgenden Gründen gemeinnützig ist:



Die Beratung und Hilfe für Schwangere und ihre Familien ist zu **100% kostenlos** und erfolgt ohne jegliche Gegenleistung.



Die Beratung und Hilfe stehen **jeder Frau** offen – unabhängig von Herkunft, Alter, Religion, Kultur, sozialer Schicht, Einkommen und Familienstand.



Die Unterstützung, die Schwangeren in Not hilft, eine lebensbejahende Entscheidung zu treffen, dient dem **Allgemeinwohl der Schweizer Bevölkerung**.

Wir bitten Sie daher, den offenen Brief an das kantonale Steueramt St. Gallen online zu lesen und zu unterzeichnen, wenn Sie unsere Ansicht teilen.

Jede Unterschrift ist wichtig und wertvoll: Bitte setzen Sie ein Zeichen, dass der Souverän der Schweiz noch immer die Schweizer Bevölkerung ist – und keine ideologisch voreingenommene Behörde. Setzen Sie diesem Willkürakt **mit Ihrer Unterschrift ein klares JA für Schwangere in Not**, für das Leben und für die Freiheit entgegen!

Schließen Sie sich unseren Erstunterzeichnern **Peter Schneeberger**, Präsident Freikirchen.ch – **Christian Haslebach**, Vize-Präsident Freikirchen.ch; Vorsitzender Viva Kirche – **Marco Hofmann**, Präsident Schweizerische Pfingstmission SPM – **Melanie & Michael Wenk**, Pastoren Bewegungplus Hindelbank – Evangelische Freikirche an.



Jetzt **scannen und online unterschreiben!**



1000plus Schweiz GmbH
Rorschacherstr. 155 | 9000 St. Gallen
www.1000plus.net/de-ch
kontakt@1000plus.net

Spendenkonto:
IBAN CH30 0900 0000 1620 3044 3
BIC POFICHBEXX

https://www.1000plus.net/de-ch/offener_brief_sg